

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Haushaltsrede in der neuen Legislaturperiode, aber die alten Probleme. Die Haushaltssituation der Kommunen im Märkischen Kreis ist vorsichtig gesagt angespannt. Viele Gemeinden bekommen einen Haushaltsausgleich schon in diesem Jahr nicht mehr hin. Unser Kämmerer Fabian Cormann hat die Enden noch zusammen bekommen und uns einen ausgeglichenen Haushaltplanentwurf präsentieren können.

Das letzte Haushaltsjahr zeichnete sich zwar wieder durch eine gute Einnahmesituation, insbesondere durch ein deutliches Plus bei den Gewerbesteuererinnahmen im Vergleich zum Haushaltsansatz aus. Nur hilft uns das bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 2026 nicht. Den Mehrbetrag dürfen wir rechtlich nicht berücksichtigen, da das Ergebnis für 2025 erst festgestellt sein muss, was im Herbst der Fall sein wird.

Das führt dazu, dass wir den Haushaltsausgleich mit anderer Quelle stemmen müssen. Die Möglichkeiten dabei sind eingeschränkt. Auf der Ausgabenseite stehen, wie in jedem Jahr, die Transferaufwendungen mit ca. 19 Millionen Euro, insbesondere in Form der Kreisumlage an den Märkischen Kreis, für uns unverrückbar im Zentrum des Kostenapparates. Die allgemeine Kreisumlage steigt wohl auf 10,4 Millionen Euro, die Differenzierte auf über 6 Millionen Euro. Unverrückbar ist dies, weil die Städte keinen Einfluss auf den Ansatz haben, da viel mehr, als ein Schreiben zur Benennungsherstellung, nicht als Teilhabe der Gemeinden vorgesehen ist. Irgendeine rechtliche Konsequenz ist damit auch nicht verknüpft. Aber der Märkische Kreis ist einer der Kreise mit der höchsten Kreisumlage in NRW. Der neue Landrat und auch die neue CDU Fraktion haben angekündigt, die Kostenseite ins Visier zu nehmen und auch im Sinne der Kommunen Lösungen zu suchen. Wir werden sehen, ob - und ggf. vielleicht sogar welche - Maßnahmen am 19.03. im Kreistag beschlossen werden.

Hauptursache der Probleme ist das bestehende umlagebasierte Finanzierungssystem der kommunalen Haushalte. Dieses führt dazu, dass jegliche Kostensteigerungen im LWL oder im Kreis, nach unten erst an den Kreis und dann an die Gemeinden weitergegeben werden. Ein eigenes Steuerfindungsrecht haben LWL und Kreis nicht, so dass Kosten nur bis zum letzten Glied in der Kette durchgereicht werden können, um deren Haushalt auszugleichen. Da aber alle Kosten weitergereicht werden können und sogar müssen, besteht in dem Sinne auch kein Kostendruck, der den Kreis zu Einsparungen zwingen würde, wie es andererseits die Gemeinden sehr wohl tun müssen. Dort sind irgendwann Einsparungen kaum mehr möglich. Zudem sind die Einsparungen zwar zwingend notwendig, ob sie vor dem Hintergrund immer sinnvoll sind, den Menschen lebenswerte Städte zu erhalten, steht dabei auf einem anderen Blatt. Fest steht, dass ein Umdenken dringend notwendig ist.

Und so bleiben wir weiter vom good-will anderer abhängig. Viele Projekte, die wir umsetzen, können glücklicherweise über Fördermittel oder auch über Spenden finanziert werden. So haben wir zum Beispiel den Abenteuerspielplatz und die Wohnmobilstellplätze an der Motte in Küntrop gefördert bekommen oder können über Spenden den Pumptrack an der Niederheide realisieren. Alles schön und gut. Aber eine freie Planung und Gestaltung unseres Städtchens ist so für uns nicht möglich. Wir

können immer nur das umsetzen, wofür es gerade Fördermittel gibt. Das führt dazu, dass man mitnimmt, was man bekommt. Dies ist nicht nur in Neuenrade so, sondern überall in den Gemeinden. Wir haben es nicht in der Hand unsere Projekte frei zu planen, sondern wir sind davon abhängig, finanzielle Finanzmittel zu bekommen, um von andere Stelle Gewünschtes umzusetzen. Das bedeutet, dass wir nur eingeschränkt entscheiden, was wir in Neuenrade, Küntrop, Affeln, Altenaffeln und Blintrop verwirklichen wollen. Es wird an anderer Stelle in höheren Ebenen entschieden, was für Neuenrade, wie für alle Gemeinden gerade sinnvoll oder, wie man auf neudeutsch sagt, „woke“ ist, indem Fördertöpfe zur Verfügung gestellt werden. Das ist bei genauer Betrachtung ein verfassungsrechtlicher Bruch der kommunalen Selbstverwaltung, eine Durchbrechung des Grundsatzes der Subsidiarität, der besagt, dass möglichst auf unterster Ebene, also vor Ort, entschieden wird, was geschieht und erst, wenn das nicht möglich ist, die nächsthöhere Ebene ins Spiel kommt. Das System der Fördermittel kann aus meiner Sicht nicht zu Kosteneinsparungen führen, im Gegenteil. Das sind im Regelfall Kosten- und Bürokratiemonster, die alles erheblich verteuern. Wenn wir die finanziellen Möglichkeiten zur freien Verfügung erhielten wüssten wir alle hier sicherlich schon sehr genau, was damit verwirklicht werden könnte.

Neben dem vorgenannten Verfassungsprinzip gibt es noch das Konnexitätsprinzip oder anders gesagt: wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Wir diskutieren inzwischen schon lange über die Erweiterung der OGS und der Burggrundschule. Es war ursprünglich ein Großprojekt, die Idee eines pädagogischen Projektes mit Leuchtturmcharakter. Der Bund hat allen Kommunen den verpflichtenden offenen Ganztag ab 2026 - also dieses Jahr - aufoktroziert, ohne uns zu sagen, wie das auch finanziell umgesetzt werden kann. Nun hat sich ein Weg über den Bau weiterer Windkraftanlagen aufgetan. Anders hätten wir überhaupt keine Chance, ein solches Großprojekt zu stemmen. Zu der OGS gesellt sich daneben die dringend notwendige Modernisierung unseres Burgschulgebäudes für die Grundschule. Das ursprünglich geplante Leuchtturmprojekt, so gerne das sicher jeder von uns in Neuenrade gesehen hätte, ist so nicht umsetzbar Die Kosten dafür sprengen jeden Rahmen. Wir müssen also dringend neu planen und das Projekt in einem kleineren und angemessenen Rahmen denken. Einerseits muss das geschehen, damit wird die Finanzierung hinbekommen. Andererseits muss das aber auch vor dem Hintergrund geschehen, dass wir derzeit lediglich einen Peak an hohen Geburtenzahlen haben, die momentan eingeschult werden. Das bleibt aber nicht so. Die Geburtenzahlen aus 2025 liegen nur noch bei 66 Geburten. 2022 waren es noch 105 Geburten. Seit dem sinkt die jährliche Geburtenzahl. Zu überlegen ist daher, in welcher Größe gebaut wird und wie eine sinnvolle und mehrfache Nutzung der Räumlichkeiten aussehen kann.

Die sinkende Geburtenzahl wiederum ist ein Punkt über den es weiter nachzudenken gilt, betrifft er doch nicht nur die Schule. Diese ist das sichtbare Zeichen für eine allgemeine Entwicklung in Neuenrade, wie im Übrigen auch in den umliegenden Gemeinden und überhaupt in Deutschland: Wir werden immer weniger. Die Todeszahlen steigen, die Geburtenraten sinken, der demografische Wandel ist in vollem Gange. Wir müssen also Ideen entwickeln, wie wir diesem Trend für unsere Stadt, für Neuenrade, entgegenwirken können. In diesem Zusammenhang sei auch der Hinweis erlaubt – und jetzt wird es kurz etwas allgemeinpolitischer -, dass diese

Entwicklung nicht nur uns – wie man so unschön sagt: „Biodeutsche“ –, sondern alle Menschen betrifft, die hier leben. Diese Probleme zeigen sich genauso in der türkischen Gemeinde oder sonst wo. Dies möchte ich nur einmal explizit erwähnen, bevor aus irgendeiner blauen Ecke wieder der Ruf kommt, dass wir per Geburt überfremden. Das ist Blödsinn. Und deswegen müssen wir Demokraten hier vor Ort Lösungen finden, um die Diskussion nicht den falschen zu überlassen und um die Falschen aus unseren Gremien fernzuhalten.

Zurück zum Thema: Der Bevölkerungsrückgang ist ein zentrales Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen und Wege finden müssen, dem entgegenzuwirken. Ohne stabile Bevölkerungszahlen haben wir nicht ausreichend Arbeitskräfte, haben wir nicht genug Ehrenamtler, damit die Vereine weiter leben können, haben wir nicht genug Kunden für Geschäfte und Gastronomie, usw. Eine Lösung könnte eher im Bereich des Zuzuges von Menschen liegen. Wie können wir es schaffen, dass Menschen, möglichst junge Paare oder Familien, nach Neuenrade ziehen, sich hier niederlassen, wohnen, leben und arbeiten? Zunächst benötigen wir genügend Wohnraum. Ohne dass solcher zur Verfügung steht, können wir niemanden hierher locken. Neue Baugebiete dürfen wir derzeit nicht ausweisen, also muss der Weg über die Lückenbebauung erfolgen oder aber durch Wege, Bestandsimmobilien auf den Markt zu bekommen. Kann vielleicht ein Weg sein mehr altersgerechtes Wohnen, wie im Quartier am Stadtgarten oder ähnliches, zu schaffen? Finden wir vielleicht baurechtliche Möglichkeiten über die Anpassung von Bebauungsplänen, um ein Bauen von Mehrfamilienhäusern anstelle von Einfamilienhäusern in einigen Bereichen zu ermöglichen? Wir müssen hier also kreativ werden.

Ein weiterer Punkt für eine attraktive Stadt ist der Erhalt von Arbeitsplätzen. Wir leben hier in einer wunderschönen Gegend mit viel Natur. Trotzdem sind wir aber ein kleines Industriestädtchen. Und das müssen wir auch bleiben. Einerseits aus finanzieller Sicht natürlich; immerhin ist eine funktionierende und erfolgreiche Industrie auch ein Garant für solide Gewerbesteuererinnahmen. Andererseits führt der Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze aber auch zu einer Attraktivitätssteigerung für den Zuzug von Menschen. In diesem Zusammenhang gehört es zur Ehrlichkeit auch dazu, dass wir die Gewerbesteuern so niedrig, wie es uns möglich ist, halten müssen. Wir sollten lieber versuchen ein Industrieunternehmen mit neuen Arbeitsplätzen mehr anzusiedeln, als das wir an der Steuerschraube drehen. Steuererhöhungen sind ein in einigen politischen Lagern immer wieder hervorgeholter Reflex, der aber nicht falscher sein kann. Steuererhöhungen und höhere Darlehensaufnahmen können und dürfen nur dann zum Mittel werden, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Dies gilt umso mehr in Zeiten, wie den gegenwärtigen, in denen die Wirtschaft seit Jahren in der Krise steckt. Dann ist es unredlich hinzugehen und noch die Steuern zu erhöhen.

Bei den Grundsteuern ist dies grundsätzlich zwar auch so. Die Grundsteuerreform, genauer das Bundesmodell, hat uns in NRW zusammen mit der Differenzierungsoption aber in die Ecke gedrängt. Die Möglichkeit mit einem festen Steuersatz oder mit einem gestaffelten Modell hat den Gemeinden den schwarzen Peter zugeschoben. Wir haben im letzten Jahr den Steuersatz so angepasst, dass wir den untersten Satz eines aufkommensneutralen differenzierten Modells gewählt haben. Dies in der Hoffnung, dass wir in diesem Haushaltsjahr Klarheit über die rechtliche Wirksamkeit der differenzierten Hebesätze haben. Die haben wir auch, aber

nicht so, wie wir uns das alle gewünscht hätten. Die Differenzierung wäre wirtschaftlich der gerechtere Weg. Leider haben einige Gerichte, u.a. das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, dem vorläufig einen Riegel vorgeschoben. Sollte das in letzter Instanz anders entschieden werden, so würden wir Stand heute für eine erneute Änderung der Hebesätze mit differenter Höhe plädieren. So müssen wir, um die notwendige Aufkommensneutralität zu erreichen und den Haushalt auszugleichen, auf einen einheitlichen Steuersatz von 870 Punkten gehen.

Einen abschließenden Punkt möchte ich noch ansprechen, ist doch auch dieser immer wieder ein Thema. Wir haben vor einigen Jahren das MVZ aus der Taufe gehoben. Dies geschah mit erheblichem Widerstand der Oppositionsparteien, der insbesondere auf dem Rücken des ärztlichen Leiters Michael Beringhoff und seinem Team ausgetragen wurde. Ziel für uns war es, die ärztliche Versorgung in Neuenrade auch für die Zukunft zu sichern. Später haben wir dann hier gemeinsam einstimmig entschieden, weitere Ärztinnen einzustellen. Uns allen war dabei bewusst: der Patientenstamm und damit die Einnahmen müssen sich erst entwickeln. Vor dem Hintergrund dieser Entscheidung ist es unredlich immer wieder auf das Defizit im MVZ zu verweisen. Wie gesagt: es waren allen bekannt, dass sich die Einnahmeseite erst über einen längeren Zeitraum stabilisieren muss, trotzdem haben alle für die Einstellung gestimmt. Nun hat sich die Situation allerdings – was damals nicht absehbar war – grundlegend geändert. Viele der bisher niedergelassenen Ärzte in Neuenrade haben Nachfolger für ihre Praxen gefunden, so dass wir von einer guten und stabilen ärztlichen Versorgung ausgehen dürfen. Vor diesem und auch dem o.g. wirtschaftlichen Hintergrund ist es eine wichtige und wiederum grundlegende Überlegung, ob das MVZ weiter in der jetzigen Form betrieben werden soll. Die Notwendigkeit zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung für das MVZ ist unverändert vorhanden, allerdings ist der Druck durch die nun fortgeführten Arztpraxen gesunken. Wir sind grundsätzlich der Auffassung, dass Privat vor Staat geht, so dass aus unserer Sicht die Möglichkeit eines privaten Weiterbetriebs des MVZ geprüft werden sollte.

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt, bevor ich meine diesjährige Haushaltsrede schließe. Ich möchte mich im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei unserem neuen Bürgermeister Volker Klüter und den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Der Dank gilt aber heute auch noch einmal unserem bisherigen Bürgermeister Toni Wiesemann, der unsere Stadt in den letzten zwei Legislaturperioden auch durch schwierige Zeiten geführt hat.

Ein besonders herzlicher Dank gilt natürlich heute unserem Kämmerer Fabian Cormann und seinem Team in der Kämmerei.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.